

Bedau, Klaus-Dietrich

Article — Digitized Version

Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Bundesländer) seit 1970 nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bedau, Klaus-Dietrich (1990) : Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Bundesländer) seit 1970 nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 59, Iss. 4, pp. 295-309

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141000>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Bundesländer) seit 1970 nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen

von Klaus-Dietrich Bedau

1. Amtliche Statistiken zur Einkommensverteilung

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Reihe amtlicher Statistiken¹, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger stark im Vordergrund steht. Euler (1985) hat sie in vier Gruppen gegliedert:

„In einigen Statistiken werden Angaben über die Einkommen privater Haushalte bzw. Personen nur in Form einer *Selbsteinstufung* in vorgegebenen Größenklassen erhoben. Dazu gehören vor allem der Mikrozensus bzw. die Wohnungsstichproben. Derartige Einkommensangaben dienen lediglich als Gliederungsmerkmale für den Nachweis anderer Tatbestände, nicht aber für die Darstellung von Einkommensverteilungen und für die Schätzung von Durchschnittseinkommen, auch wenn die Zahlen dazu zum Teil „mißbraucht“ werden. Sie basieren auf den Angaben der befragten Haushalte für einen bestimmten Monat des Kalenderjahres und erfassen in der Regel nur die regelmäßig wiederkehrenden Einkommen aller Haushaltsmitglieder, vor allem aus unselbständiger Arbeit und aus empfangenen Einkommensübertragungen. Bei den Angaben über die im Haushalts- oder Personeneinkommen enthaltenen Einkommen aus selbständiger Arbeit oder Unternehmertätigkeit kann es sich nur um grobe Schätzungen handeln. Für die Darstellung der Einkommenssituation der privaten Haushalte für ein bestimmtes Jahr sind so ermittelte Einkommensangaben wenig geeignet, zumal die Gefahr der Unterschätzung des vorhandenen Einkommens um so größer wird, je mehr Einkommensbezieher sich im Haushalt befinden.

In anderen amtlichen Statistiken werden die Einkommen nur für *bestimmte Bevölkerungsgruppen* nachgewiesen. Dazu gehören vor allem die laufenden Wirtschaftsrechnungen. Vom Erhebungsprogramm her sind sie hinsichtlich der Definition und Erfassung der Einkommen identisch mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben.... Einbezogen werden aber nur Haushalte von drei ausgewählten Haushaltsgruppen, die zusammen nur etwa 6% aller Haushalte repräsentieren und somit keine Aussagen über das Durchschnittseinkommen der

jeweiligen sozialen Gruppe oder gar über die Einkommensverteilung aller privaten Haushalte zulassen.

Schließlich gibt es eine dritte Gruppe von Statistiken, in denen nur bestimmte *Einkommensarten* privater Personen, vor allem das Einkommen aus unselbständiger Arbeit, dargestellt werden. Hierzu gehören insbesondere die laufenden Verdiensterhebungen, die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen sowie die Lohnsteuerstatistik.

Es verbleiben drei Statistiken als Quellen für den Nachweis aller Einkommen der privaten Haushalte und/oder Personen bzw. Personengruppen, nämlich

- die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen,
- die Einkommensteuerstatistik,
- die Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

Eine Gesamtschau ist nur im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung möglich, in deren Kontensystem das Einkommen privater Haushalte als Globalgröße nachgewiesen wird. Anhand der Ergebnisse aller vorhandenen Einkommensstatistiken kann dann versucht werden, diese Globalgröße weiter aufzugliedern.”

Im System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — einer umfassenden und in sich konsistenten Statistik des wirtschaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft — werden die einzelnen Stufen des Einkommenskreislaufs empirisch nachgewiesen (vgl. Tabelle 1):

- die Entstehung des Einkommens,
- die primäre Einkommensverteilung,
- die Umverteilung des Einkommens,
- die Verwendung des Einkommens.

Erfasst werden prinzipiell sämtliche Einkommensströme, die zwischen den einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft — Unternehmen, Staat und privaten Haushalten — sowie zwischen diesen Sektoren und der „übrigen Welt“ fließen. Das gilt sowohl für die primären Einkommen als auch für die Einkommensübertragungen (vgl. Tabelle 2).

¹ Auf nichtamtliche Statistiken zur Einkommensverteilung wird hier nicht eingegangen.

Tabelle 1

Entstehung, Verteilung, Umverteilung und Verwendung des Einkommens¹⁾ 1988
in Mrd. DM

	Unter- nehmen	Staat	Private Haushalte ²⁾	Übrige Welt
Einkommensentstehung				
Entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	864,3	216,9	40,7	.
	518,6	—	—	.
= Nettowertschöpfung	1 382,9	216,9	40,7	.
Einkommensverteilung				
Nettowertschöpfung	1 382,9	216,9	40,7	.
+ Empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	—	—	1 126,4	2,2
	329,8	20,1	491,5	53,8
— Geleistete Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	864,3	216,9	40,7	6,6
	756,8	59,9	18,0	60,5
= Anteil am Volkseinkommen	91,6	—39,8	1 599,8	.
Einkommensumverteilung				
Anteil am Volkseinkommen	91,6	—39,8	1 599,8	.
+ Empfangene laufende Übertragungen	103,3	904,0	432,0	52,5
— Geleistete laufende Übertragungen	132,4	438,9	692,3	18,9
= Verfügbares Einkommen	62,5	425,4	1 339,5	.
Einkommensverwendung				
Verfügbares Einkommen	62,5	425,4	1 339,5	.
— Letzter Verbrauch	—	411,5	1 156,8	.
= Ersparnis	62,5	13,9	182,7	.
1) Abweichungen in den Summen oder Differenzen durch Rundung der Zahlen. — 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.				
Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Vorbericht.				

Zwar ist die Einkommensmessung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht unproblematisch, wie etwa Kopsch (1986) und Reich (1988) gezeigt haben. Wen erstaunt es beispielsweise nicht, daß das verfügbare Einkommen aller volkswirtschaftlichen Sektoren in der Bundesrepublik Deutschland deutlich größer ist als das Volkseinkommen? Auch daß der Anteil des Staates am Volkseinkommen seit Jahren ein negatives Vorzeichen trägt, obwohl die staatlichen Sozialleistungen und der letzte Verbrauch des Staates zusammen mehr als ein Drittel des Bruttosozialprodukts ausmachen, ist für den Außenstehenden nicht leicht zu verstehen. Doch es gibt außer den

volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keine andere Statistik, die *umfassende* und zugleich *aktuelle* Daten zur Einkommensverteilung liefert. Die Ergebnisse der vom Statistischen Bundesamt in fünfjährigem Abstand durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die selbstverständlich für fundierte Strukturuntersuchungen zur Einkommensverteilung und -verwendung unerlässlich sind, stehen jeweils erst mehrere Jahre nach ihrer Erhebung zur Verfügung. Zur Zeit muß man noch immer mit den Ergebnissen der Stichprobe von 1983 arbeiten. Auch die zur Zeit „aktuellste“ Einkommensteuerstatistik stammt aus dem Jahr 1983.

Tabelle 2

**Primäre Verteilung und Umverteilung des Einkommens¹⁾ 1988
nach empfangenden und leistenden Sektoren
in Mrd. DM**

Leistende Sektoren \ Empfängende Sektoren	Unternehmen	Staat	Private Haushalte ²⁾	Übrige Welt	Zusammen
Erwerbs- und Vermögenseinkommen					
Unternehmen	220,1	19,2	1 337,5	44,4	1 621,1
Staat	40,4	0,9	223,9	11,6	276,8
Private Haushalte ²⁾	18,0	—	40,7	—	58,7
Übrige Welt	51,2	0,1	15,8	—	67,1
Zusammen	329,8	20,1	1 617,9	55,9	2 023,7
Laufende Übertragungen³⁾					
Unternehmen	16,0	41,4	73,8	1,2	132,4
Staat	4,1	—	349,4	37,7	391,2
Private Haushalte ²⁾	82,5	589,4	6,8	13,6	692,3
Übrige Welt	0,8	16,3	1,9	—	18,9
Zusammen	103,3	647,0	432,0	52,5	1 234,8
<p>¹⁾ Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Ohne indirekte Steuern und ohne Subventionen. <i>Quelle:</i> Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Vorbericht.</p>					

Das Statistische Bundesamt hat in den letzten Jahrzehnten den statistischen Nachweis der Einkommensverteilung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen schrittweise ausgebaut. Genannt seien hier — stellvertretend auch für andere Untersuchungen (Dorow 1974, Hartmann 1976, Dorow und Hartmann 1978, Hartmann 1987) — die Arbeiten von Richter und Hartmann (1977), die die Verteilung und Verwendung des Einkommens nach größeren Haushaltsgruppen beschrieben, sowie von Schüler (1982, 1984, 1987, 1988 und 1990), der die Verteilungsrechnung erweiterte und aktualisierte. Konnte man früher innerhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur die Verteilung nach Einkommensarten verfolgen, so ist es jetzt möglich, auch die Verteilung nach sozio-ökonomischen Gruppen zu analysieren.

2. Funktionelle und personelle Verteilung

Ökonomen sprechen gern, wenn sie die Einkommensverteilung nach Einkommensarten und nach Haushaltsgruppen meinen, vom Begriffspaar der „funktionellen“ und der „personellen“ Verteilung (Krupp 1967).

Die funktionelle Verteilung, so sagt man, beschreibe die Aufteilung der im Produktionsprozeß entstandenen Einkommen auf die am Prozeß beteiligten Produktionsfak-

toren. „Diese funktionelle Einkommensverteilung steht seit Ricardeo und J.B. Say im Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses und ist recht eigentlich *die* Verteilungstheorie“ (Krelle 1962). Aber in der statistischen Praxis läßt sich diese funktionelle Verteilung nur „cum grano salis“ quantifizieren. Denn unterscheidet man als Komponenten des Volkseinkommens wie üblich die Ströme des Einkommens aus unselbständiger Arbeit sowie des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, so enthält das Unternehmereinkommen neben Gewinn und Verzinsung des Kapitaleinsatzes auch ein Entgelt für die Arbeitsleistung der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen, das zur Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit gehört. Aber wie soll man diesen Bestandteil des Unternehmereinkommens von den übrigen — dem Produktionsfaktor Kapital zuzurechnenden — Komponenten trennen? Das ist nur unter vereinfachenden Annahmen möglich; eine exakte Abgrenzung gibt es nicht. Deshalb schreibt Grohmann (1968): „Eine Statistik der funktionellen Einkommensverteilung hat es nie gegeben. Sie ist auch unmöglich...“

Und personelle Verteilung? Das ist heute ein mehrdeutiger Begriff. Im Wortsinn verstand man darunter ursprünglich die Verteilung der Einkommensarten auf Gruppen von Personen mit gleichem Sozialstatus (z.B. Arbeiter, Angestellte oder Selbständige). Heute weiß man mit Rivlin (1975): „Die Verteilung des Einkommens unter

Tabelle 3

Komponenten des Volkseinkommens¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Bruttoeinkommen aus		Vermögenseinkommen		Abzüglich: Zinsen auf		Volks- einkommen
	unselbstän- diger Arbeit	Unternehmer- tätigkeit	der privaten Haushalte ²⁾	des Staates	Konsumenten- schulden	öffentliche Schulden	
1970	360,6	147,5	23,4	8,8	3,3	6,6	530,4
1971	409,1	155,7	25,7	9,3	4,2	7,3	588,2
1972	450,3	170,7	29,0	8,7	4,8	8,4	645,3
1973	510,9	179,6	37,1	10,8	6,3	10,2	721,9
1974	563,1	177,1	41,5	10,8	7,3	12,2	773,0
1975	587,2	183,6	43,9	9,9	6,8	14,2	803,6
1976	631,3	218,9	45,4	10,6	6,6	17,5	882,2
1977	676,0	230,0	48,8	11,0	7,1	20,4	938,3
1978	721,6	255,4	49,7	12,7	7,7	21,5	1 010,2
1979	777,9	270,9	57,8	15,1	9,6	24,1	1 087,9
1980	844,4	256,1	73,7	16,8	13,9	28,6	1 148,6
1981	883,0	247,7	88,7	20,8	17,5	35,5	1 187,3
1982	902,5	255,3	99,0	30,2	19,4	44,0	1 223,5
1983	920,9	309,3	93,4	30,7	18,0	50,1	1 286,2
1984	954,0	339,4	103,2	32,0	18,0	52,7	1 357,9
1985	991,0	359,6	108,3	34,7	18,3	55,3	1 420,0
1986	1 041,4	401,3	108,4	33,9	18,2	57,2	1 509,5
1987	1 084,1	423,0	108,5	27,3	17,8	57,8	1 567,3
1988	1 126,4	470,7	112,4	20,1	18,0	59,9	1 651,7
1989	1 176,1	498,0	126,5	31,4	20,7	60,2	1 751,1

¹⁾ Abweichungen in den Summen oder Differenzen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardta-
bellen 1989 Vorbericht; Reihe S.8, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984.

Personen ist bedeutungslos, weil Personen zusammen-
leben und mit ihrem Einkommen als Ganzes wirtschaften;
demgemäß muß man das Einkommen von Haushalten,
Familien oder meinetwegen ‚Verbrauchseinheiten‘ be-
trachten.“ In der Tat wird der Begriff „personelle Einkom-
mensverteilung“ heute meist für die Verteilung des Ein-
kommens auf Haushaltsgruppen verwendet. In diesem
Fall ist das Adjektiv „personell“ freilich eher irreführend.

3. Entwicklung der Einkommensverteilung nach Einkommensarten

3.1 Volkseinkommen und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik Deutsch-
land ist in der Berichtszeit von 530 Mrd. DM (1970) auf
1 751 Mrd. DM (1989) gestiegen, hat sich also mehr als
verdreifacht (vgl. Tabelle 3). In den siebziger Jahren nahm
das Volkseinkommen um durchschnittlich 8,3 vH, in den
achtziger Jahren um durchschnittlich 4,8 vH zu. Freilich

relativiert sich diese Entwicklung, wenn man berücksich-
tigt, daß das Preisniveau des privaten Verbrauchs 1989
mehr als doppelt so hoch war wie 1970.

Anders als während der fünfziger und sechziger Jahre,
in denen man in der Bundesrepublik Deutschland eine
recht günstige — freilich auch damals von konjunkturellen
Einbrüchen nicht völlig freie — Wirtschaftsentwicklung
verzeichnen konnte, gab es in der Berichtszeit erhebliche
ökonomische Turbulenzen. „Die wirtschaftspolitische Si-
tuation in den siebziger Jahren ist gekennzeichnet durch
die rasche Beschleunigung des Preisanstiegs bis auf 7%
in den Jahren 1973 und 1974 (Preisindex für die Lebens-
haltung im Vorjahresvergleich) und den ersten Ölshock,
der 1974 durch eine Verdreifachung des Rohölpreises in-
nerhalb eines Jahres ausgelöst wurde. Die restriktive
Wirtschaftspolitik zur Eindämmung des Preisauftriebs
und die Schwierigkeiten mit der Mineralölversorgung
trugen wesentlich zu dem Wachstumseinbruch von 1975
bei.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den achtziger Jahren
wurde durch den zweiten Ölshock eingeleitet: Die Ein-
fuhrpreise für Rohöl erhöhten sich von 1979 (Jahresdurch-

Tabelle 4

Einkommen aus unselbständiger Arbeit¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ²⁾	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Lohnsteuer ³⁾	Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	Nettolohn- und -gehaltssumme
1970	360,6	52,7	307,9	36,3	33,0	238,6
1971	409,1	60,9	348,2	45,9	37,1	265,2
1972	450,3	69,6	380,7	48,2	41,9	290,7
1973	510,9	82,3	428,6	62,6	49,3	316,7
1974	563,1	93,5	469,6	73,2	54,0	342,4
1975	587,2	101,3	485,9	71,7	58,7	355,4
1976	631,3	113,1	518,2	81,6	66,8	369,8
1977	676,0	120,1	556,0	91,0	72,4	392,5
1978	721,6	129,5	592,1	92,4	77,4	422,4
1979	777,9	140,9	637,0	97,4	83,5	456,1
1980	844,4	154,3	690,2	112,1	90,9	487,2
1981	883,0	163,6	719,4	116,3	97,3	505,8
1982	902,5	167,7	734,8	121,8	102,2	510,8
1983	920,9	175,2	745,8	126,9	105,5	513,4
1984	954,0	184,6	769,5	135,0	111,1	523,4
1985	991,0	192,6	798,4	145,0	117,3	536,1
1986	1 041,4	203,0	838,4	149,5	124,2	564,7
1987	1 084,1	212,5	871,6	161,8	129,3	580,5
1988	1 126,4	220,9	905,4	164,9	135,7	604,8
1989	1 176,1	229,4	946,7	178,7	142,1	625,9

¹⁾ Abweichungen in den Summen oder Differenzen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Einschließlich unterstellter Sozialbeiträge (z. B. für die Beamtenversorgung und für Betriebsrenten). — ³⁾ Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage.
Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Vorbericht; Reihe S.8, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984.

schnitt) bis 1981 um 125%. 1980 gab es erstmals einen negativen Außenbeitrag. Der Preisanstieg beschleunigte sich gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich (1981: +6,3%)” (Lützel 1985).

Die achtziger Jahre klangen in ökonomischer Hinsicht günstiger aus, als sie begonnen hatten. 1989 war die Zuwachsrates des Sozialprodukts höher als in jedem anderen der achtziger Jahre, nahm die Zahl der Erwerbstätigen merklich zu, die der Arbeitslosen deutlich ab. Allerdings wurden auch 1989 im Jahresdurchschnitt noch immer mehr als 2 Mill. Arbeitslose registriert. Der Preisauftrieb hat sich am Ende der achtziger Jahre zwar wieder verstärkt, doch er blieb moderat.

3.2 Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Den größten Teil des Volkseinkommens macht das Einkommen aus unselbständiger Arbeit aus. Es hat sich von 1970 bis 1989 ebenfalls mehr als verdreifacht, ist aber etwas schwächer als das Volkseinkommen gestiegen (vgl. Tabelle 4).

In der verteilungspolitischen Diskussion wird stark beachtet, wie sich der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen — auch als „gesamtwirtschaftliche Lohnquote“ bezeichnet — im Zeitablauf entwickelt. In der Bundesrepublik Deutschland ist diese Quote von 68 vH (1970) bei leichten Schwankungen auf 74 vH (1981) gestiegen; dann nahm sie fast ausnahmslos Jahr für Jahr ab und war 1989 mit 67 vH um einen vH-Punkt niedriger als 1970.

Es liegt auf der Hand, daß man die Änderungen der Erwerbstätigkeit nicht außer acht lassen darf, wenn man die Entwicklung der Lohnquote betrachtet. Immerhin war die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer 1989 um fast 2,5 Mill. höher als 1970, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist von 83 vH (1970) auf 89 vH (1989) gestiegen. Im Bereich selbständiger Tätigkeit dagegen hat es einen Konzentrationsprozeß gegeben; „Grenzunternehmer“ der Landwirtschaft, des Einzelhandels und weitere Wirtschaftsbereiche sind ausgeschieden, haben nicht selten eine unselbständige Tätigkeit aufgenommen. Die „bereinigte“ Lohnquote, bei deren Berechnung der

Tabelle 5

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ²⁾	Direkte Steuern u.ä. ³⁾	Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen	
					mit eigener Rechtspersönlichkeit	ohne eigene Rechtspersönlichkeit
1970	169,8	32,5	137,3	113,8	5,2	18,2
1971	179,1	35,0	144,1	124,0	7,2	12,9
1972	195,1	37,9	157,2	140,3	13,5	3,4
1973	211,0	47,7	163,3	149,9	18,5	-5,1
1974	209,8	47,9	162,0	154,0	13,7	-5,7
1975	216,4	45,7	170,7	169,4	13,7	-12,4
1976	250,9	53,9	196,9	180,9	19,5	-3,5
1977	262,3	66,5	195,8	189,5	13,3	-7,0
1978	288,6	65,8	222,9	201,7	26,0	-4,8
1979	310,1	66,1	244,0	226,4	32,1	-14,5
1980	304,2	62,1	242,1	243,6	30,2	-31,8
1981	304,3	59,0	245,3	267,4	35,1	-57,2
1982	321,0	61,6	259,4	277,6	29,2	-47,4
1983	365,3	60,0	305,3	293,1	41,6	-29,4
1984	403,9	63,9	340,1	331,3	47,3	-38,6
1985	429,0	71,8	357,2	350,7	43,6	-37,1
1986	468,1	73,3	394,8	353,8	38,4	2,6
1987	483,1	68,3	414,8	365,7	50,9	-1,7
1988	525,3	74,0	451,3	372,6	62,5	16,2
1989	575,0	87,9	487,1	411,6

¹⁾ Abweichungen in den Summen oder Differenzen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden. — ³⁾ Direkte Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (vor Abzug der Investitionszulage), Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung, sonstige geleistete laufende Übertragungen der Unternehmen.
Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Vorbericht; Reihe S.8, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984.

Arbeitnehmeranteil von 1960 konstant gehalten wird²⁾, fiel 1989 mit 58 vH um 5 vH-Punkte geringer aus als 1970 (63 vH).

Allerdings ist die gesamtwirtschaftliche Lohnquote — selbst wenn man bei ihrer Berechnung strukturelle Verschiebungen der Erwerbstätigkeit berücksichtigt — nur eine recht grobe Meßzahl für die Einkommensverteilung. Vom Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wurden 1970 reichlich 33 vH, 1989 knapp 47 vH für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge einschließlich fiktiver Beiträge für die Beamtenversorgung und für Betriebsrenten abgezweigt.

Daß die aus dem Einkommen der Arbeitnehmer zu zahlenden Abgaben stärker als die Bezugsbasis stiegen, hat mehrere Gründe. In den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung wurden die Beitragssätze mehrmals erhöht; sodann ist die Belastung der Arbeitnehmereinkommen mit direkten Steuern gestiegen. Immer mehr unselbständige Beschäftigte sind mit ihren Verdiensten in den Progressionsbereich des Einkommensteuertarifs hineinge-

wachsen; selbst als die Lohnerhöhungen zeitweise hinter der Preissteigerungsrate zurückblieben, kam die „kalte Progression“ — die inflationsbedingte Steuer Mehrbelastung — zum Zuge (Kirchgässner 1983). Wohl hat es mehrmals Steuersenkungen gegeben, doch die Entlastung war jeweils nur kurze Zeit wirksam. Die durchschnittliche Belastung des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit mit direkten Steuern betrug 1970 10 vH, 1989 indes 15 vH.

Allerdings ist zu beachten, daß sich die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer zunehmend überschneiden. Immer häufiger werden Arbeitnehmer zur Einkommensteuer veranlagt, weil sie ein Jahreseinkommen von mehr als 48 000 DM (Verheiratete) bzw. 24 000 DM (Ledige) haben. In vielen Fällen zieht die Veranlagung eine Steuerrückzahlung nach sich, etwa wenn zusätzliche Sonderausgaben oder Verluste geltend gemacht werden.

²⁾ Adam (1973), Köstl (1979) und Zitzelsberger (1979) haben allerdings gezeigt, daß auch diese Bereinigung von methodischen Problemen nicht frei ist.

Tabelle 6

Zahl der Privathaushalte nach Haushaltsgruppen
in 1000

Jahr	Selbständigen		Haushalte von							Privat- haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen	
1970	553	1 523	3 912	1 245	7 024	60	5 652	925	838	21 732
1971	538	1 521	4 148	1 288	7 029	75	5 823	920	840	22 182
1972	514	1 534	4 323	1 364	6 977	102	5 981	916	841	22 552
1973	482	1 531	4 390	1 383	6 991	92	6 092	925	842	22 728
1974	471	1 517	4 480	1 402	6 815	194	6 443	942	876	23 140
1975	461	1 494	4 577	1 436	6 397	415	6 722	940	924	23 366
1976	439	1 466	4 636	1 449	6 285	391	6 944	936	938	23 484
1977	421	1 464	4 695	1 459	6 259	348	7 056	959	970	23 631
1978	413	1 465	4 749	1 465	6 234	318	7 145	959	1 045	23 793
1979	405	1 473	4 851	1 472	6 244	289	7 214	947	1 074	23 969
1980	403	1 480	5 012	1 472	6 292	289	7 226	935	1 120	24 229
1981	400	1 481	5 079	1 505	6 191	431	7 303	914	1 240	24 544
1982	402	1 501	5 147	1 549	5 944	638	7 395	895	1 364	24 835
1983	395	1 525	5 175	1 571	5 743	812	7 527	892	1 491	25 131
1984	384	1 536	5 254	1 568	5 672	808	7 651	893	1 579	25 345
1985	375	1 539	5 325	1 569	5 635	813	7 755	893	1 649	25 553
1986	368	1 533	5 383	1 581	5 689	798	7 788	904	1 741	25 785
1987 ¹⁾	355	1 535	5 492	1 597	5 664	812	7 837	906	1 741	25 939
1988	341	1 548	5 702	1 613	5 594	829	7 964	906	1 785	26 282
1989	327	1 573	5 961	1 628	5 564	778	8 093	906	1 844	26 674

¹⁾ Die Zahl der in der Volkszählung von 1987 ermittelten Privathaushalte (26,2 Mill.) wurde vom Statistischen Bundesamt noch nicht in die Berechnungen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen übernommen.

Quellen: Klaus Schüler: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 3/1990, S. 182 ff.; Berechnungen des DIW.

In der Statistik werden die erstatteten Beträge vom Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer abgesetzt, auch wenn es sich dabei um "überzahlte" Lohnsteuer handelt. Insoweit werden die Lohnsteuersumme und die Steuerbelastung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit in der Statistik gegenwärtig überhöht, die Nettolohn- und -gehaltsumme dagegen zu niedrig ausgewiesen (Schüler 1986). Deshalb sollten „die Ergebnisse über die Entwicklung der Nettoeinkommen nach der bisherigen Berechnungsmethode nur mit größter Zurückhaltung interpretiert werden“ (Lützel und Mitarbeiter 1985).

3.3 Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine Restgröße und inhaltlich (vgl. Tabelle 5) ein heterogenes Aggregat. Schon erwähnt wurde, daß das Einkommen aus Unternehmertätigkeit neben echten „Gewinnen“ und der Verzinsung des im Produk-

tionsprozeß eingesetzten Kapitals auch die Entgelte für die Arbeitsleistung der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen einschließt. Nach einer Konvention der Gesamtrechnungen zählen zum Einkommen aus Unternehmertätigkeit sodann sämtliche Einkommen aus Wohnungsvermietung, darunter auch unterstellte Einkünfte als Gegenwert für die Nutzung von Eigentümerwohnungen, die rund die Hälfte der den privaten Haushalten zugerechneten Einkommen aus Wohnungsvermietung ausmachen (Hartmann 1987).

Ebenso wie der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an der Zahl der Erwerbstätigen abgenommen hatte, war auch der Anteil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit am Volkseinkommen über längere Zeit hinweg tendenziell rückläufig. Seit Mitte der achtziger Jahre ist er im Zuge der wirtschaftlichen Expansion allerdings wieder gestiegen; 1989 war er etwas höher als 1970.

Die Vermögenserträge haben sich in der Berichtszeit kräftiger als alle anderen privaten Einkommen entwickelt. Von der Summe aller Zinsen und Dividenden erhielten die privaten Haushalte 1970 knapp 73 vH, 1989 80 vH. Die

Vermögenserträge des Staates, an denen zeitweise der von der Deutschen Bundesbank an den Bund abgeführte Gewinn einen beträchtlichen Anteil ausmachte, blieben schon seit Mitte der siebziger Jahre hinter den auf die öffentlichen Schulden zu zahlenden Zinsen zurück. Die Zinsen auf Konsumentenschulden dagegen machen nach wie vor nur einen geringen Teil der von den privaten Haushalten empfangenen Vermögenseinkommen aus.

Die in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beliefen sich 1970 auf 20 vH, 1989 auf 16 vH dieser Einkommen. Nun hat die oben beschriebene Buchungsweise der Erstattungsbeiträge „überzahlter“ Lohnsteuer zur Folge, daß die Steuerbelastung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in der Statistik niedriger dargestellt wird, als sie tatsächlich ist. Doch auch nach Bereinigungsrechnungen (Schüler 1986) ist zu erkennen, daß sich die steuerliche Belastung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — anders als die der Löhne und Gehälter — verringert hat. Tritt hier die Verletzung der steuerlichen Gleichbehandlung zutage, die der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts (Zeidler 1984) beklagt hat? Er fand in der Öffentlichkeit keineswegs nur Zustimmung. Aber hat er nicht recht, wenn er sagt, das deutsche Steuersystem sei durchsetzt mit Begünstigungen, mit Privilegien, mit Vorteilen für einzelne? Auf den Gestaltungsspielraum, der Steuerpflichtigen mit Gewinn- und Vermögenseinkommen bei der Festlegung ihrer Bemessungsgrundlage offensteht, wurde schon oft hingewiesen (z.B. Bedau 1972, Roberts 1984, Vesper 1990). Allerdings darf aus den globalen Ergebnissen nicht gefolgert werden, daß Unternehmen generell niedrig besteuert werden.

Stärker als die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nahmen in der Berichtszeit die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen zu. Noch kräftiger stiegen die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Körperschaften, Genossenschaften u.ä.). Die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaften und Einzelunternehmen) dagegen wurden über viele Jahre hinweg in der Statistik mit einem negativen Vorzeichen ausgewiesen — hier spielen die Einkommen aus Wohnungsvermietung eine besondere Rolle, die zu den Gewinnen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zählen. In der Wohnungswirtschaft waren die Entnahmen lange Zeit höher als die tatsächlich „verdienten“ Einkommen (Hartmann 1987). Bei der Beurteilung der Höhe und der Entwicklung der nichtentnommenen Gewinne müssen jedoch weitere methodische Besonderheiten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beachtet werden, auf die hier allerdings nicht eingegangen werden soll.

4. Entwicklung der Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen

4.1 Entwicklung der Privathaushalte

Will man — ausgehend von den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen — die Einkommenslage und -entwicklung sozialer Haushaltsgruppen empirisch beschreiben, so ist Voraussetzung, daß es zu den gesamtwirtschaftlichen Einkommensströmen einen „demographischen Bezugsrahmen“ gibt. Informationen über die Struktur und Entwicklung der Privathaushalte nach sozialen Gruppen sind in diesem Zusammenhang unerlässlich (Schüler 1987).

Die Gesamtzahl der Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland hat sich von 1970 bis 1989 um fast ein Viertel erhöht (vgl. Tabelle 6). Die Zahl der Selbständigen-Haushalte in der Landwirtschaft schrumpfte beträchtlich, während die der nichtlandwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte unter Schwankungen leicht stieg. Von den Haushalten der beschäftigten Arbeitnehmer nahmen die der Angestellten und Beamten zahlenmäßig kräftig zu, die der Arbeiter ging deutlich zurück.

Sehr viel höher als am Anfang der siebziger Jahre war am Ende der Berichtszeit die Zahl der Arbeitslosen-Haushalte. Die Haushaltszahl der Rentner nahm kontinuierlich zu, dagegen war die der Beamtenpensionäre tendenziell rückläufig. Hier wirkte sich aus, daß die Zahl der nach dem zweiten Weltkrieg nicht wieder beschäftigten ehemaligen Beamten und ihrer Hinterbliebenen von Jahr zu Jahr abnahm. Unter den übrigen Haushalten haben diejenigen an Bedeutung gewonnen, die überwiegend von Leistungen der Sozialhilfe leben.

Der Anteil der Kleinhaushalte hat sich in der Berichtszeit deutlich erhöht, der Anteil der „Großfamilien“ hat abgenommen³.

4.2 Entwicklung der Nominaleinkommen⁴

Naturgemäß hat jede der Haushaltsgruppen eine Haupteinkommensquelle: Die primären Einkommen entfallen überwiegend auf die Erwerbstätigen-Haushalte; die

³ Auf die Einkommensverteilung nach der Haushaltsgröße wird im folgenden nicht eingegangen.

⁴ Um die Einkommenslage sozialer Haushaltsgruppen auf der Grundlage der VGR-Ergebnisse beschreiben zu können, sind einige Umstellungen notwendig:

- Die privaten Haushalte und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die im Kontensystem der VGR zusammengefaßt sind, müssen getrennt werden.
- Die in Anstalten lebenden Personen sind mit ihrem Einkommen aus dem Bereich der privaten Haushalte auszugliedern.
- Einkommensströme zwischen Privathaushalten, Anstaltsbevölkerung und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie zwischen den einzelnen Haushaltsgruppen müssen berücksichtigt werden.

Tabelle 7

Einkommensverteilung und -umverteilung¹⁾ 1989 nach Haushaltsgruppen

	Selbständigen		Haushalte von							Privat- haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen	
in Mrd. DM										
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,6	33,5	523,0	143,8	396,6	6,5	39,0	4,1	15,3	1 169,3
Unternehmertätigkeit ²⁾	18,0	286,2	12,2	3,2	16,7	1,7	31,4	4,0	14,0	387,5
Vermögen	2,2	23,7	26,2	6,5	14,6	0,8	30,1	4,2	11,5	120,0
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	27,9	343,4	561,4	153,6	427,9	9,0	100,5	12,2	40,8	1 676,8
+ Soziale Leistungen	1,6	8,1	21,0	10,0	23,1	22,1	229,9	42,9	19,2	377,8
+ Sonstige empfangene laufende Übertragungen	1,7	19,6	17,7	7,5	11,5	1,5	11,5	2,6	12,9	86,3
– Direkte Steuern	1,9	57,6	87,4	21,2	44,9	0,8	6,8	5,9	7,7	234,1
– Sozialbeiträge	5,3	20,2	163,1	38,7	144,1	9,6	34,8	2,9	6,1	424,7
– Sonstige geleistete lau- fende Übertragungen ³⁾	2,3	28,6	35,8	13,1	28,0	2,1	25,1	7,0	6,1	148,1
= Verfügbares Einkommen	21,6	264,9	313,8	98,1	245,5	20,1	275,2	42,0	53,0	1 334,0
in DM je Haushalt und Monat										
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 946	1 774	7 311	7 360	5 940	694	401	375	691	3 653
Unternehmertätigkeit ²⁾	4 591	15 164	170	166	250	183	324	367	631	1 211
Vermögen	563	1 257	367	335	219	89	310	384	522	375
= Erwerbs- und Vermögenseinkommen	7 100	18 194	7 848	7 861	6 409	966	1 035	1 126	1 844	5 239
+ Soziale Leistungen	407	431	294	509	345	2 365	2 367	3 948	866	1 180
+ Sonstige empfangene laufende Übertragungen	426	1 040	247	382	172	160	118	235	582	270
– Direkte Steuern	476	3 049	1 222	1 085	673	87	70	541	347	731
– Sozialbeiträge	1 359	1 070	2 280	1 979	2 158	1 025	358	263	276	1 327
– Sonstige geleistete lau- fende Übertragungen ³⁾	582	1 514	501	670	419	230	259	645	276	463
= Verfügbares Einkommen	5 516	14 032	4 387	5 019	3 677	2 149	2 834	3 860	2 393	4 168

¹⁾ Abweichungen in den Summen oder Differenzen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — ³⁾ Einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.
Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Haushalte von Nichterwerbstätigen beziehen vorwiegend Sozialeinkommen, das aus der staatlichen Umverteilung stammt (vgl. Tabelle 7). Doch ist es nicht selten, daß Haushalten auch „untypische“ Einkünfte zufließen — sei es, daß ein Haushaltsmitglied Einkommen aus verschiedenartigen Quellen bezieht, sei es, daß die Einkommensbezieher eines Haushalts unterschiedlichen sozialen Gruppen angehören. Die „Querverteilung“ der Einkommensströme ist von nicht geringer Bedeutung. So werden für landwirtschaftliche Haushalte ernte- und preisbedingte Gewinnschwankungen dadurch gemildert, daß inzwischen mehr als ein Viertel des Haushaltseinkommens aus nichtselbständiger Arbeit stammt. Vom Einkommen

aus Unternehmertätigkeit ist 1989 etwa ein Fünftel an die Haushalte von Nichtselbständigen geflossen — zu einem wesentlichen Teil handelte es sich hierbei um die schon erwähnten Einkommen aus Wohnungsvermietung. Von den Vermögenseinkommen entfielen 1989 jeweils zwei Fünftel auf die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen (Bedau 1990 a).

Auch die Haushalte von Rentnern und Pensionären, die den größten Teil der sozialen Leistungen erhalten, beziehen primäre Einkommen. Hier fällt etwa ins Gewicht, daß nicht wenige dieser Haushalte „lastenfrei“ im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung leben und

Tabelle 8

**Durchschnittlich verfügbares Monatseinkommen¹⁾ je Haushalt
in DM**

Jahr	Selbständigen		Haushalte von							Privat- haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen	
1970	2 296	4 023	1 757	1 934	1 419	965	969	1 402	871	1 574
1971	2 520	4 327	1 905	2 103	1 541	1 058	1 061	1 525	955	1 706
1972	2 864	5 028	2 049	2 261	1 652	1 165	1 180	1 704	1 037	1 874
1973	2 826	5 002	2 259	2 542	1 820	1 297	1 321	1 887	1 111	2 025
1974	2 807	5 412	2 405	2 769	1 948	1 453	1 436	2 043	1 183	2 159
1975	3 690	5 829	2 640	3 079	2 161	1 643	1 571	2 277	1 335	2 369
1976	4 029	6 340	2 759	3 167	2 265	1 575	1 693	2 402	1 354	2 494
1977	3 827	6 717	2 923	3 342	2 420	1 570	1 836	2 502	1 383	2 642
1978	4 079	6 875	3 146	3 618	2 620	1 644	1 922	2 627	1 427	2 799
1979	4 006	7 810	3 377	3 832	2 821	1 698	2 027	2 810	1 520	3 011
1980	4 180	8 373	3 527	4 039	2 983	1 817	2 168	3 048	1 677	3 194
1981	4 159	9 103	3 682	4 224	3 127	1 991	2 291	3 269	1 818	3 357
1982	4 578	9 165	3 726	4 211	3 133	1 987	2 390	3 420	1 881	3 402
1983	4 039	9 786	3 827	4 341	3 169	1 937	2 405	3 384	1 922	3 458
1984	4 648	11 105	3 907	4 407	3 218	1 895	2 461	3 429	2 002	3 595
1985	4 340	11 812	3 978	4 523	3 281	1 904	2 518	3 518	2 091	3 688
1986	4 882	12 103	4 121	4 664	3 417	1 967	2 585	3 585	2 136	3 801
1987	4 149	13 008	4 238	4 810	3 491	2 060	2 677	3 705	2 235	3 935
1988	5 056	13 353	4 333	4 945	3 623	2 118	2 747	3 799	2 312	4 054
1989	5 516	14 032	4 387	5 019	3 677	2 149	2 834	3 860	2 393	4 168

¹⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Quellen: Klaus Schüler: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 3/1990, S. 182 ff.; Berechnungen des DIW.

die Statistik ihnen „unterstellte“ Einkommen aus Wohnungsvermietung zurechnet. Sodann erreichen Vermögenseinkommen in diesen Haushaltsgruppen mitunter eine beträchtliche Höhe, weil Rentner und Pensionäre nicht selten in der Zeit ihrer Erwerbstätigkeit Geldvermögensbestände in beachtlichem Ausmaß aufgebaut, oft auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben weiter aufgestockt haben, aus denen ihnen nun Zinsen und Dividende zufließen. Das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen ist von 1970 bis 1989 auf mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen (vgl. Tabelle 8). Dabei hat sich die Rangordnung der Haushaltsgruppen nur wenig geändert. An der Spitze der „Einkommenshierarchie“ stehen nach wie vor die Haushalte von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft⁵; für diese Haushalte hat sich der Einkommensvorsprung vor den übrigen Gruppen sogar noch vergrößert. Hier ist allerdings ein struktureller Effekt in Rechnung zu stellen: In den vergangenen Jahrzehnten haben wie schon gesagt, nicht wenige Selbständige in Handel, Handwerk, Verkehr und Gastgewerbe ihre unternehmerische Tätigkeit aufgegeben, sind aus dem Erwerbsleben ausgeschieden oder haben eine abhängige Erwerbstätigkeit aufgenommen. In der Regel waren es „Grenzunternehmer“, die aus ihrer

selbständigen Tätigkeit ein Einkommen erzielt hatten, das unter dem Durchschnitt im jeweiligen Wirtschaftsbereich lag. Wären sie „Grenzunternehmer“ geblieben, so wäre das Durchschnittseinkommen der Selbständigen-Haushalte schwächer gestiegen.

Sodann ist zu beachten, daß Selbständige einen nicht unerheblichen Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung aufwenden müssen, die bei unselbständig Beschäftigten überwiegend durch Ansprüche an die gesetzliche Sozialversicherung oder (bei Beamten) an den Staat gewährleistet wird. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer-Haushalte machten 1989 fast ein Drittel des primären Einkommens dieser Haushalte aus, wenn man die Arbeitgeber-

⁵ Auch nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben haben die Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft ein höheres Durchschnittseinkommen als die übrigen Haushaltsgruppen. Doch wird in der EVS von 1983 das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen um mehr als ein Drittel niedriger als das verfügbare Einkommen dieser Haushaltsgruppe nach Berechnungen im Rahmen der VGR ausgewiesen. Allerdings schließen die Ergebnisse der EVS die Haushalte mit besonders hohem Einkommen nicht ein.

beiträge (einschließlich der für die Beamtenversorgung unterstellten Beiträge) einrechnet.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß bei den Selbständigen die Streuung der Einkommen größer ist als bei den anderen Gruppen. Angehörige freier Berufe erzielen nicht selten Spitzeneinkommen, die die Einkünfte selbständig Erwerbstätiger im Handel und Handwerk um ein Vielfaches übersteigen. Leider erlaubt es die amtliche Statistik nicht, die Einkommenslage und -entwicklung der nichtlandwirtschaftlichen Selbständigen-Haushalte differenzierter zu untersuchen.

Das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen der landwirtschaftlichen Haushalte ist unter vergleichsweise großen Schwankungen vom Beginn der siebziger bis zum Ende der achtziger Jahre schwächer als das der meisten übrigen Haushaltsgruppen gestiegen. Wesentlichen Einfluß auf die Einkommensentwicklung im Agrarbereich hatten Ausschläge beim Witterungsverlauf und beim Ernteergebnis, bei Vorleistungspreisen und Verkaufserlösen; auch politische Entscheidungen wirkten sich aus. Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen im Agrarbereich hat sich von 1970 bis 1989 um fast drei Fünftel verringert; das durchschnittlich verfügbare Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte lag 1970 um knapp die Hälfte, 1989 um ein Drittel über dem der Arbeitnehmer-Haushalte. Für die Angestellten, Beamten und Arbeiter war das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen 1989 etwa zweieinhalbmal so hoch wie 1970. Die Rentner-Haushalte konnten — über die gesamte Berichtszeit gerechnet — eine etwas stärkere Einkommenssteigerung verbuchen. Das war eine Folge der bruttolohnbezogenen Rentenanpassung, die es bis Anfang der achtziger Jahre gab. Während Renten in der Regel steuerfrei bleiben und, bevor die Selbstbeteiligung der Rentner an den Beiträgen für ihre Krankenversicherung eingeführt wurde, auch nicht mit Sozialabgaben belastet wurden, erhöhte sich für Arbeitnehmer die Abgabenquote aus Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen im Zeitablauf deutlich; das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Rentner nahm stärker als das der „aktiven Generation“ zu. Um diese „Scherenentwicklung“ zu beenden, hat der Gesetzgeber 1983 die nettolohnbezogene Rentenanpassung eingeführt.

Wesentlich schwächer als das der übrigen Gruppen ist in der Berichtszeit das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Arbeitslosen-Haushalte gestiegen. Während es vom Ende der fünfziger bis zur Mitte der siebziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland faktisch Vollbeschäftigung gab, hat sich die Arbeitslosigkeit danach zu einem gesellschaftlichen Problem entwickelt: 1975 überschritt die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1954 im Jahresdurchschnitt wieder die Millionengrenze, und von 1983 bis 1989 wurden mehr als zwei Millionen Arbeitslose registriert. 1989 war noch immer fast ein Drittel der Erwerbslosen ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung;

rund ein Drittel der Erwerbslosen erhielt keine Arbeitslosenunterstützung. Von den Leistungsempfängern bezog 1989 über ein Drittel Zahlungen der Arbeitslosenhilfe; diese sind geringer als das Arbeitslosengeld, das für jüngere Erwerbslose nur ein Jahr lang gezahlt wird.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre mußten die Arbeitslosen-Haushalte sogar Einkommenseinbußen hinnehmen. Seit 1985 ist das durchschnittlich verfügbare Einkommen dieser Haushaltsgruppe wieder gestiegen; es war 1989 aber fast um die Hälfte geringer als das entsprechende Haushaltseinkommen der Arbeitnehmer. Allerdings ist die Einkommenslage der Arbeitslosen-Haushalte statistisch schwer zu erfassen: Hier gibt es häufiger Zu- und Abgänge als in anderen Haushaltsgruppen. Bei einer jahresdurchschnittlichen Zahl von reichlich 2 Mill. als arbeitslos registrierten Personen erfaßte die Bundesanstalt für Arbeit 1989 3,8 Mill. Zugänge von Arbeitslosen und 2,3 Mill. Arbeitsvermittlungen; sodann gab es 1,7 Mill. weitere Abgänge aus der Arbeitslosigkeit.

4.3 Einkommen je „Verbrauchereinheit“

Bei einem Vergleich der Einkommenssituation sozialer Haushaltsgruppen ist zu bedenken, daß vom jeweiligen Haushaltseinkommen eine unterschiedliche Zahl von Personen versorgt werden muß. In 100 Selbständigen-Haushalten der Bundesrepublik Deutschland leben heute durchschnittlich 300 Personen, in 100 Arbeitnehmer-Haushalten 260 Personen, in 100 Haushalten von Nichterwerbstätigen 170 Personen. Bezieht man das Haushaltseinkommen auf die jeweilige Zahl der Haushaltsmitglieder, so schrumpft der Einkommensvorsprung, der sich für die Selbständigen-Haushalte vor den übrigen Gruppen ergab, und zwischen den Personen in Arbeitnehmer- und Nichterwerbstätigen-Haushalten gibt es kaum einen Einkommensabstand.

Aber ist eine Pro-Kopf-Einkommensrechnung sinnvoll, muß man nicht auch die vergleichsweise hohen Kosten der Wirtschaftsführung von Kleinhaushalten in Rechnung stellen? Für Wohnungsmiete, Haushaltsenergie und andere Güter der Haushaltsführung beispielsweise geben kleinere Haushalte einen höheren Teil ihres verfügbaren Einkommens aus als größere Familien; bei diesen Gütergruppen nimmt der „marginale“ Aufwand mit jeder zusätzlichen Person im Haushaltsverbund ab.

Die Kostendegression der Wirtschaftsführung mit wachsender Haushaltsgröße — auch als „economies of scale in consumption“ bezeichnet — läßt sich statistisch berücksichtigen, indem man etwa die Kosten für die Lebensführung des Haushaltsvorstands als Bezugsgröße des „Versorgungsbedarfs“ der weiteren Haushaltsmitglieder heranzieht und die einzelnen Personen der Haushaltsgemeinschaft unter Verwendung einer degressiven Äquivalenzziffernskala in „Verbrauchereinheiten“ um-

Tabelle 9

Durchschnittlich verfügbares Monatseinkommen¹⁾ je Verbrauchereinheit²⁾
in DM

Jahr	Selbständigen		Angestellten	Beamten	Haushalte von			Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen	Privat-haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb			Arbeitern	Arbeitslosen					
1970	682	1 627	818	818	596	437	638	939	546	758	
1971	759	1 774	887	890	650	479	701	1 024	603	827	
1972	870	2 067	956	961	699	529	784	1 157	653	913	
1973	861	2 053	1 051	1 081	768	587	880	1 290	694	988	
1974	862	2 238	1 128	1 195	826	668	964	1 411	746	1 067	
1975	1 150	2 419	1 244	1 333	916	765	1 063	1 576	850	1 182	
1976	1 260	2 628	1 307	1 378	961	757	1 152	1 663	858	1 254	
1977	1 196	2 794	1 394	1 463	1 030	774	1 253	1 731	871	1 336	
1978	1 272	2 873	1 505	1 595	1 116	828	1 314	1 829	906	1 422	
1979	1 247	3 277	1 621	1 700	1 205	876	1 389	1 970	976	1 537	
1980	1 309	3 538	1 706	1 805	1 283	952	1 487	2 142	1 088	1 639	
1981	1 317	3 873	1 795	1 904	1 354	1 029	1 577	2 299	1 186	1 737	
1982	1 457	3 934	1 836	1 913	1 371	1 035	1 651	2 405	1 214	1 778	
1983	1 296	4 260	1 911	1 985	1 409	1 035	1 662	2 379	1 217	1 830	
1984	1 504	4 894	1 974	2 020	1 452	1 034	1 699	2 412	1 248	1 921	
1985	1 416	5 271	2 028	2 082	1 503	1 054	1 736	2 473	1 292	1 988	
1986	1 610	5 456	2 116	2 162	1 582	1 098	1 782	2 515	1 310	2 061	
1987	1 390	5 903	2 190	2 241	1 624	1 153	1 847	2 589	1 370	2 143	
1988	1 704	6 081	2 257	2 323	1 697	1 220	1 898	2 656	1 412	2 223	
1989	1 869	6 416	2 304	2 377	1 734	1 274	1 960	2 701	1 457	2 300	

1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — 2) Gewichtung der Haushaltsmitglieder mit folgenden Äquivalenzziffern: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,7 für jede weitere Person ab 14 Jahren und 0,5 für Kinder unter 14 Jahren.

Quellen: Klaus Schüler: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990, S. 182 ff.; Berechnungen des DIW.

rechnet⁶. Legt man die von Schüler (1990) benutzten Äquivalenzziffern zugrunde — der erste Erwachsene im Haushalt wird mit dem Faktor 1, jede weitere Person im Alter von 14 oder mehr Jahren mit dem Faktor 0,7 und Kinder unter 14 Jahren mit dem Faktor 0,5 gewichtet⁷ — so gab es 1989 in 100 Selbständigen-Haushalten 230 Verbrauchereinheiten, in 100 Arbeitnehmer-Haushalten 200 Verbrauchereinheiten und in 100 Haushalten von Nichterwerbstätigen 150 Verbrauchereinheiten.

Folgerichtig fallen die Abstände der durchschnittlich verfügbaren Einkommen von Selbständigen und Arbeitnehmern sowie von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen in der nach Verbrauchereinheiten differenzierten Einkommensrechnung (vgl. Tabelle 9) größer als die in der Pro-Kopf-Rechnung aus. Während z.B. die verfügbaren Einkommen je Haushaltsmitglied in Arbeitnehmer- und in Nichterwerbstätigen-Haushalten — wie erwähnt — etwa gleich hoch sind, zeigt sich, daß die in Arbeitnehmer-Haushalten lebenden Personen materiell besser als die in Haushalten von Nichterwerbstätigen lebenden Personen gestellt sind, wenn man den vergleichsweise hohen Auf-

wand für die Wirtschaftsführung der Kleinhaushalte berücksichtigt.

4.4 Entwicklung der Realeinkommen

Seit 1970 sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die Einkommen, sondern — wie schon erwähnt — auch die Kosten der Lebenshaltung gestiegen. Besonders zu Buch schlagen die Preissteigerungen im Energiebereich; die „Ölschocks“ der siebziger Jahre wurden bereits genannt. Überdurchschnittlich erhöhte sich auch das Preisniveau der Verkehrsausgaben, der Gesundheits-

⁶ Die Umrechnung von Haushaltsmitgliedern in Verbrauchereinheiten oder Vollversorgungspersonen ist in der internationalen Statistik seit langem üblich. Vgl. z.B. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Nr. 22 I: Die Lebenshaltung von 2 000 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushaltungen. Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im Deutschen Reich vom Jahre 1927/28, Berlin 1932, S. 11 ff.

⁷ Auch andere Gewichtungsschemata sind gebräuchlich.

Tabelle 10

Durchschnittlich verfügbares reales Monatseinkommen¹⁾ je Verbrauchereinheit²⁾

Jahr	Selbständigen		Angestellten	Haushalte von					sonstigen Personen	Privat- haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb		Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären		
in DM										
1970	1 122	2 677	1 346	1 346	981	719	1 050	1 545	898	1 247
1971	1 183	2 765	1 382	1 387	1 013	747	1 093	1 596	940	1 288
1972	1 283	3 048	1 410	1 417	1 031	780	1 156	1 706	963	1 346
1973	1 194	2 847	1 458	1 499	1 065	814	1 220	1 789	962	1 370
1974	1 117	2 899	1 461	1 548	1 070	865	1 249	1 828	966	1 382
1975	1 403	2 950	1 517	1 626	1 117	933	1 296	1 922	1 037	1 442
1976	1 475	3 076	1 530	1 613	1 125	886	1 348	1 947	1 004	1 467
1977	1 351	3 157	1 575	1 653	1 164	874	1 416	1 956	984	1 509
1978	1 399	3 159	1 655	1 754	1 227	910	1 445	2 011	996	1 564
1979	1 319	3 466	1 715	1 798	1 275	927	1 469	2 084	1 033	1 625
1980	1 309	3 538	1 706	1 805	1 283	952	1 487	2 142	1 088	1 639
1981	1 241	3 648	1 691	1 794	1 276	969	1 486	2 166	1 117	1 636
1982	1 310	3 536	1 650	1 720	1 232	930	1 484	2 162	1 091	1 598
1983	1 129	3 710	1 664	1 729	1 227	901	1 447	2 072	1 060	1 594
1984	1 277	4 156	1 676	1 715	1 233	878	1 443	2 048	1 060	1 632
1985	1 178	4 386	1 687	1 732	1 251	877	1 444	2 058	1 075	1 654
1986	1 346	4 561	1 769	1 807	1 323	918	1 490	2 103	1 095	1 723
1987	1 155	4 906	1 820	1 863	1 350	958	1 535	2 152	1 139	1 781
1988	1 399	4 993	1 853	1 908	1 393	1 002	1 559	2 181	1 159	1 826
1989	1 488	5 109	1 835	1 893	1 381	1 014	1 561	2 151	1 160	1 832
Privathaushalte insgesamt = 100										
1970	90	215	108	108	79	58	84	124	72	100
1971	92	215	107	108	79	58	85	124	73	100
1972	95	226	105	105	77	58	86	127	72	100
1973	87	208	106	109	78	59	89	131	70	100
1974	81	210	106	112	77	63	90	132	70	100
1975	97	205	105	113	77	65	90	133	72	100
1976	101	210	104	110	77	60	92	133	68	100
1977	90	209	104	110	77	58	94	130	65	100
1978	89	202	106	112	78	58	92	129	64	100
1979	81	213	106	111	78	57	90	128	64	100
1980	80	216	104	110	78	58	91	131	66	100
1981	76	223	103	110	78	59	91	132	68	100
1982	82	221	103	108	77	58	93	135	68	100
1983	71	233	104	108	77	57	91	130	66	100
1984	78	255	103	105	76	54	88	125	65	100
1985	71	265	102	105	76	53	87	124	65	100
1986	78	265	103	105	77	53	86	122	64	100
1987	65	275	102	105	76	54	86	121	64	100
1988	77	273	101	104	76	55	85	119	63	100
1989	81	279	100	103	75	55	85	117	63	100
1970 = 100										
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105	103	103	103	103	104	104	103	105	103
1972	114	114	105	105	105	108	110	110	107	108
1973	106	106	108	111	109	113	116	116	107	110
1974	100	108	109	115	109	120	119	118	108	111
1975	125	110	113	121	114	130	123	124	115	116
1976	131	115	114	120	115	123	128	126	112	118
1977	120	118	117	123	119	122	135	127	110	121
1978	125	118	123	130	125	127	138	130	111	125
1979	118	129	127	134	130	129	140	135	115	130
1980	117	132	127	134	131	132	142	139	121	131
1981	111	136	126	133	130	135	142	140	124	131
1982	117	132	123	128	126	129	141	140	121	128
1983	101	139	124	128	125	125	138	134	118	128
1984	114	155	125	127	126	122	137	133	118	131
1985	105	164	125	129	128	122	138	133	120	133
1986	120	170	131	134	135	128	142	136	122	138
1987	103	183	135	138	138	133	146	139	127	143
1988	125	187	138	142	142	139	148	141	129	146
1989	133	191	136	141	141	141	149	139	129	147

¹⁾ Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, Nominaleinkommen deflationiert mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch (1980 = 100). — ²⁾ Gewichtung der Haushaltsmitglieder mit folgenden Äquivalenzziffern: 1,0 für den ersten Erwachsenen im Haushalt, 0,7 für jede weitere Person ab 14 Jahren und 0,5 für Kinder unter 14 Jahren.

Quellen: Klaus Schüler: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990, S. 182 ff.; Berechnungen des DIW.

leistungen, der Güter für die persönliche Ausstattung, der Ausgaben für Bekleidung und der Wohnungsmieten, während die Preise der Nahrungs- und Genußmittel, der Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit sowie für Nachrichtenübermittlung vergleichsweise wenig zunahmen. Erst zur Mitte der achtziger Jahre schwächte sich der Preisauftrieb ab, und vorübergehend ist das Niveau der Lebenshaltungskosten — als Folge der zeitweise rückläufigen Energiepreise — sogar etwas gesunken.

Insgesamt war das Preisniveau des privaten Verbrauchs 1989 reichlich doppelt so hoch wie 1970. Also ist in der Berichtszeit mehr als die Hälfte der nominalen Einkommenssteigerung, die in den siebziger und achtziger Jahren verzeichnet werden konnte, von der Inflation aufgezehrt worden. Freilich ist eine Preisbereinigung von Einkommensdaten nicht ohne Probleme (Lützel 1987); mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch (oder auch mit dem Preisindex für die Lebenshaltung) dürfte man streng genommen nur denjenigen Teil des verfügbaren Einkommens deflationieren, der für Verbrauchszwecke verwendet worden ist.

In den siebziger Jahren hat sich das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Privathaushalte stärker erhöht als das Niveau der Verbraucherpreise. Doch von 1981 bis 1983 ist das verfügbare reale Haushaltseinkommen gesunken, haben die Haushalte an Kaufkraft verloren. Seit 1984 gab es wieder jährliche Kaufkraftzuwächse, und 1986 ist das durchschnittliche Realeinkommen als Folge der steuerlichen Entlastungen und der rückläufigen Verbraucherpreise sogar kräftig gestiegen. Nachdem die Privathaushalte auch 1987 und 1988 Realeinkommengewinne verbuchen konnten, mußten im letzten Jahr der Berichtszeit einige Haushaltsgruppen — so läßt es jedenfalls der gegenwärtige Stand der Statistik erkennen — eine leichte Abnahme ihres preisbereinigten verfügbaren Einkommens hinnehmen. Durch die Entlastungswirkungen der Steuerreform von 1990 wurde dieser Rückgang des Realeinkommens inzwischen allerdings mehr als ausgeglichen.

Über die gesamte Berichtszeit hinweg hat sich das durchschnittliche Realeinkommen aller Haushaltsgruppen erhöht, nach denen hier unterschieden wird. Doch waren die einzelnen Gruppen an der Einkommenszunahme nicht im gleichen Ausmaß beteiligt. Das durchschnittlich verfügbare Realeinkommen je Verbrauchereinheit in den Selbständigen-Haushalten außerhalb der Landwirtschaft hat sich von 1970 bis 1989 fast verdoppelt; für die übrigen Haushaltsgruppen fiel der Kaufkraftzuwachs erheblich geringer aus (vgl. Tabelle 10).

Die anhaltend kräftige Entwicklung der Gewinneinkommen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat

dazu geführt, daß die Disparität in der Einkommensverteilung auf die „standardisierten“ Haushaltsgruppen (deren Haushaltsmitglieder in Verbrauchereinheiten umgerechnet wurden) 1989 deutlich höher ausfiel als zu Beginn der Berichtszeit. In den siebziger Jahren ging die Disparität zwar etwas zurück; in den achtziger Jahren ist sie dann aber beträchtlich gestiegen. Die Einkommensdisparität zwischen den Haushalten von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen hat sich in der Berichtszeit nur wenig verändert⁸.

5. Exkurs: Realtransfers

Die Statistik weist aus, daß die Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Gesamtheit erheblich mehr an Einkommensübertragungen leisten, als ihnen in Form von Geldleistungen zufließt. Aber neben diesen monetären Transfers kommen den Haushalten in beträchtlichem Ausmaß „reale“ Transfers zugute, die der Staat ohne spezielles Entgelt oder zu weit unter den Kosten liegenden Tarifen zur Verfügung stellt, z.B.

- im Gesundheitswesen (Arzt-, Zahnarzt- und Krankenhausleistungen, Medikamente und medizinische Hilfsmittel),
- im Unterrichtswesen (Leistungen von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und ähnlichen Einrichtungen),
- im Bereich der sozialen Sicherung (Leistungen von Jugendhilfeeinrichtungen, Alten- und Pflegeheimen),
- für Erholung und Kultur (Leistungen von Theatern, Bibliotheken, Sporteinrichtungen).

Die Ausgaben des Staates für diese Aufgabenbereiche summierten sich 1970 auf 56 Mrd. DM, 1989 auf 266 Mrd. DM. Ganz überwiegend gehören diese Realtransfers zum Individualverbrauch der Privathaushalte (Kopsch 1984); allerdings ist es schwierig, sie eindeutig sozialen Gruppen zuzuordnen. Andere Leistungen des Staates sind nicht individuell zurechenbar: Leistungen des Infrastrukturausbaus, der allgemeinen staatlichen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Landesverteidigung zählen zum Kollektivverbrauch. Auch von diesen Leistungen des Staates gehen „Wohlfahrtseffekte“ auf die Privathaushalte aus.

⁸ Die als „Redundanz“ gemessene Einkommensdisparität zwischen den „standardisierten“ Haushaltsgruppen hat sich von 0,081 bit (1970) auf 0,074 bit (1979) verringert und ist später auf 0,139 bit (1989) gestiegen. Die Einkommensdisparität zwischen den Haushalten von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen betrug 0,018 bit (1970) bzw. 0,019 bit (1989). Zur Berechnungsmethode vgl. Bedau (1972 a).

Literaturverzeichnis

- Adam, H.*, (1973), Strukturelle Probleme bei Einkommensvergleichen zwischen Selbständigen und abhängig Beschäftigten. In: WSI-Mitteilungen, Heft 9.
- Bedau, K.-D.*, (1972), Das Einkommen der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1-2/1972.
- Bedau, K.-D.*, (1972 a), Informationstheoretisch begründete Messungen von Einkommensdisparitäten. In: Statistische Hefte, Heft 3.
- Bedau, K.-D.*, (1990), Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/1990.
- Bedau, K.-D.*, (1990a), Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Jahr 1989. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/1990.
- Dorow, F.*, (1974), Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4.
- Dorow, F., Hartmann, N.*, (1978), Einkommen aus Wohnungsvermietung 1960 bis 1977. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5.
- Euler, M.*, (1985), Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1.
- Grohmann, H.*, (1968), Einkommensstatistik. In: Blind, A., Hrsg.: Umriss einer Wirtschaftsstatistik. Hamburg.
- Hartmann, N.*, (1976), Private Organisationen ohne Erwerbscharakter als Teil des Haushaltssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10.
- Hartmann, N.*, (1987), Wohnungsvermietung nach Eigentümern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 10.
- Kirchgässner, G.*, (1983), Die Entwicklung der Einkommensteuerprogression in der Bundesrepublik Deutschland. In: Finanzarchiv, N.F., Band 43.
- Köstl, F.*, (1979), Eine Bemerkung zur Bereinigung der Lohnquote. In: WSI-Mitteilungen, Heft 1.
- Kopsch, G.*, (1984), Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4.
- Kopsch, G.*, (1986), Zur Einkommensmessung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Hanau, K., et al., Hrsg.: Wirtschafts- und Sozialstatistik. Göttingen.
- Krelle, W.*, (1962), Verteilungstheorie. Wiesbaden.
- Krupp, H.-J.*, (1967), „Personelle“ und „funktionelle“ Einkommensverteilung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 180.
- Lützel, H.*, (1985), Entwicklung des Sozialprodukts 1950 bis 1984. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6.
- Lützel, H.*, (1987), Realeinkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2.
- Lützel, H., et al.*, (1985), Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8.
- Reich, U.-P.*, (1988), Einkommensstatistik und Einkommensbegriff — Ein Beitrag zum Adäquationsproblem. In: Reich, U.-P., Hrsg.: Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik. Göttingen.
- Richter, H.W., Hartmann, N.*, (1977), Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6.
- Rivlin, A.M.*, (1975), Income Distribution — Can Economists Help? In: American Economic Review, Vol. 65. Deutsche Übersetzung unter dem Titel: Einkommensverteilung — sind Ökonomen zu etwas Nütze? In: Klanberg, F., Krupp, H.-J., Hrsg.: (1975), Einkommensverteilung. Königstein.
- Roberts, C.C.*, (1984), Die effektive Progression bei der Besteuerung des persönlichen Einkommens im Lichte der Ergebnisse der 1987er Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: WSI-Mitteilungen, Heft 12.
- Schüler, K.*, (1982), Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 2.
- Schüler, K.*, (1984), Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7.
- Schüler, K.*, (1986), Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5.
- Schüler, K.*, (1987), Demographischer Bezugsrahmen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5.
- Schüler, K.*, (1988), Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen 1972 bis 1987. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12.
- Schüler, K.*, (1990), Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3.
- Vesper, D.*, (1990), Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Ein Rückblick auf die achtziger Jahre. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30 / 1990.
- Zeidler, W.*, (1984), „Die laufen ins offene Messer“. In: Der Spiegel, Nr. 50.
- Zitzelsberger, G.*, (1979), Eine bessere Bereinigung der Lohnquote? In: WSI-Mitteilungen, Heft 7.